



Departement für Volkswirtschaft und Soziales
Reichsgasse 35
7001 Chur

Versand per Mail an: info@dvs.gr.ch

**Sozialdemokratische Partei
Kanton Graubünden**

Gürtelstrasse 24
Postfach 561 · 7001 Chur

Telefon 079 781 06 86
Telefax 081 284 91 01

info@sp-gr.ch
www.sp-gr.ch

Chur, 4. September 2019

Vernehmlassung zur Teilrevision des Gesetzes über die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung in Graubünden

Sehr geehrter Herr Regierungsrat Caduff
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken für die Möglichkeit zur Stellungnahme bzgl. Der Teilrevision des Gesetzes über die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung in Graubünden.

1. Allgemeine Bemerkungen

Wir teilen mit Ihnen die Einsicht, dass das Regionalmanagement in Graubünden heute nicht so läuft, wie es sollte. Wir unterstützen daher Anstrengungen, die Regionalentwicklung neu aufzugleisen.

Wir sind jedoch der festen Überzeugung, dass die Korrektur, die bei Ihnen vornehmlich bei den Strukturen ansetzt nicht den gewünschten Erfolg bringen wird. Vielmehr müsste die Arbeitsweise und das Alltagsgeschäft der RegionalentwicklerInnen in den Fokus genommen werden. Bevor bei der Struktur angesetzt wird, ist erstens bei der Strategie und zweitens bei den Prozessen anzusetzen.

Die Kantonalisierung des Regionalmanagements könnte zwar einen Professionalisierungsschub auslösen, der jedoch mit dem grossen Risiko der Isolierung der RegionalentwicklerInnen in den Regionen eingekauft werden würde.

Mehr Partizipation der Bevölkerung

Eine Analyse der bisherigen Erfolge der RegionalentwicklerInnen, soweit sie denn auch in den Regionen überhaupt eingesetzt werden, liegt uns nicht vor. Die Unzufriedenheit bei den RegionalentwicklerInnen selbst, bei den Regionen, den Gemeinden, den Parteien und dem Kanton scheint jedoch gross zu sein. Die Erwartungen wurden nicht erfüllt.

Gemäss Beobachtungen wurden viele der von RegionalentwicklerInnen angestossene Projekte entweder von der Region oder dann vom Kanton blockiert oder beerdigt. Das bedeutet, dass sie neben den Interessen vorbezielten oder die vom Kanton oder von den Fördertöpfen vorgegebenen erforderlichen Bedingungen nicht erfüllten.

Der erläuternde Bericht schlägt nun vor, dass vermehrt VertreterInnen der Wirtschaft eingebunden werden sollen. Diese Forderung kann die SP unterstützen. Doch bleibt dieser partizipative Ansatz zu sehr an der Oberfläche. Ein Blick über die Grenze, z.B. nach Österreich zeigt es: Sollen einer Region Impulse gegeben werden, dann funktioniert eigentlich nur der Bottom-up-Ansatz. Begonnen werden soll bei der Bevölkerung. Mit geeigneten Methoden der Partizipation sollen das Wissen und die Ideen abgeholt werden. Mittels breiter Beteiligung der Umsetzung entsteht die Basis, dass Projekte nicht zu Rohrkrepierern auf dem Schreibtisch der Regionen und des Kantons werden, sondern dass sie erfolgreich durchgeführt werden können.

Breiterer Ansatz

Die offizielle Regionalentwicklung, die sich bei der regionalen Förderung stark auf die Wirtschaft im Sinne der Ansiedlung neuer Unternehmungen konzentriert, ist gescheitert. Sollen die Regionen echt gefördert werden, ist ein breiterer Ansatz zu wählen. Die Attraktivität der Region muss dabei im Zentrum stehen und zwar für Einheimische, potentielle ZuzügerInnen (wie neue Fachkräfte), ev. für Gäste und für ansässige wie potentiell zuziehende Firmen.

Die Attraktivität der Region hängt vor allem ab,

- von der natürlichen und infrastrukturellen Umwelt,
- vom kulturellen Leben und Angebot,
- vom Freizeitangebot,
- vom Zugang zur digitalen Welt,
- von der Erschliessung, wobei die Strassen gebaut sind und nur beim ÖV noch Lücken auszumachen sind,
- von der Gesundheitsversorgung,
- von den Arbeitsplätzen (quantitativ und qualitativ inkl. Löhne),
- vom gesellschaftlichen Zusammenhalt (z.B. Vereinswesen etc.),
- vor den Partizipationsmöglichkeiten.

Fazit

Verschiedentlich arbeiten die Verantwortlichen in den Regionen nach einem breiten und partizipativen Ansatz. So beispielsweise mit allen Naturpärken, im Gemeindefeldnetzwerk «Allianz in den Alpen», etc. Doch scheinen die RegionalentwicklerInnen zumeist davon ausgeschlossen zu sein.

Es ist und wäre angebracht, wenn der breite und partizipative Förderansatz mitsamt dem Instrumentarium bei den offiziellen RegionalentwicklerInnen Einzug hält. Dies ist mittels Ausbildung, mittels Vernetzung und einer engen kantonalen Begleitung möglich und ist nicht abhängig von Strukturen. Die Grundhaltung des Amtes für Wirtschaft und Tourismus ist den heutigen Bedürfnissen und Erkenntnissen anzupassen.

2. Gesetz

Zum in die Vernehmlassung geschickten Gesetzestext hat die SP Graubünden folgende Anmerkungen:

Zu Artikel 17: Im Gesetz festzuhalten, wie hoch der Umfang einer Stelle sein soll, ist deplatziert. Dies gehört z.B. auf Verordnungsstufe. Allein auf Vollzeitstellen zu setzen ist nicht zeitgemäss und nicht zielführend. Ausserhalb des Gesetzes kann oder soll der personelle Umfang festgehalten werden. Dieser ist aber in Stellenprozenten anzugeben, die auf mehrere Personen verteilt werden können (Förderung der Teilzeitstellen als Familienpolitik, Kombination mit anderen Aufgaben in der Region).

Zu Artikel 17, Abs. 2: Wie folgt formulieren:

² Sie errichtet und finanziert ein breit abgestütztes Begleitgremium aus allen Gesellschaftsbereichen, das (...)

Zu Artikel 17, neuer Abs. 3: Neuer Abs. 3 wie folgt formulieren:

³ Die Erarbeitung von Standortentwicklungsstrategien sowie die nachhaltige Entwicklung von Projekten sind in Partizipation mit der Bevölkerung anzugehen.
--

Wir wünschen, dass unsere kritischen Bemerkungen und unsere konstruktiven Inputs in der Erarbeitung der nächsten Gesetzesvorschläge und insbesondere auch in den dazu zu grundlegenden Konzepten Eingang finden.

Für die Berücksichtigung unserer Anliegen bedanken wir uns im Voraus.

Freundliche Grüsse

Sozialdemokratische Partei Kanton Graubünden

sig.

Jöri Schwärzel
Grossrat & Mitglied WAK

sig.

Lukas Horrer
Parteisekretär SP Graubünden